

Es reicht! Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben!

EUROPAWEITER AKTIONSTAG AM 3. APRIL

Hinein in den revolutionären Block auf der Demo in Stuttgart

Am 3. April finden europaweit Proteste gegen den Abbau sozialer Rechte und die aktuellen Umstrukturierungen im Bildungs- und Gesundheitswesen statt. Soziale Initiativen, Gewerkschaften und politische Organisationen rufen für den 3. April 04 in der BRD zu Großdemonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart auf. Die Proteste sollen an die Demonstration am 1. November vergangenen Jahres in Berlin anknüpfen, an welcher sich mehr als 100 000 Menschen beteiligten.

Den Kapitalisten wie Hundt und Schrempf gehen die momentanen Angriffe auf die Lebenssituation eines großen Teils der Menschen immer noch nicht weit genug. Doch während sie noch schneller, noch weiteren Bevölkerungsschichten die einst erkämpften Rechte streichen wollen, sagen viele endlich: **Es reicht!**

Sozialabbau, mehr Arbeit, weniger Lohn, Entlassungen, verschärfte Arbeitsbedingungen... muss das sein?

Die *Reformen*, die in der letzten Zeit in der BRD mit den Hartzplänen, der Gesundheitsreform u.ä. in die Wege geleitet wurden, bedeuten für uns nichts Gutes: Der Abbau sozialer Rechte, also die Kürzungen und Streichungen bei Arbeitslosengeldern, Sozialhilfe und Rente, die Ausrichtung des Gesundheits- und Bildungswesen nach Kapitalinteressen, die direkten und indirekten Kürzungen unserer Löhne.

Von den Profiteuren des Kapitalismus, denen die die Firmen und Unternehmen besitzen und davon leben, dass wir für sie arbeiten wird behauptet, dass diese Reformen nötig sind um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Sie behaupten, dass *wir alle* den Gürtel enger schnallen müssen, um die Wirtschaftsflaute zu überwinden. Sie behaupten, dass zuerst bei denjenigen von uns, die auf Sozialhilfe, Arbeitslosengelder oder Rente angewiesen sind, gekürzt werden muss und diese Menschen den anderen ohnehin nur auf der Tasche liegen. Sie behaupten, dass das Beharren auf einer Angleichung der Löhne an die Preissteigerungen und Tarifverträge, die uns auch nur die minimalsten Rechte zugestehen, der Entwicklung der Wirtschaft schaden. Stimmt das?

Es war einmal und ist nicht mehr...

Tatsache ist zunächst einmal, dass die Errungenschaften, die in Westeuropa einst nach



Streiks und Arbeitskämpfen durchgesetzt wurden, lange als fast selbstverständlich galten. Ein im weltweiten Vergleich recht hoher Lebensstandard der breiten Bevölkerung, Arbeitslosengeld, eine gesicherte Rente und eine bezahlbare Gesundheitsvorsorge galten als normal.

Die deutschen Unternehmer und Manager machten in den 50ern und 60ern satte Profite, indem sie ihr Kapital in verschiedene gewinnbringende, zunächst noch nicht ausgeschöpfte Bereiche (Automobilindustrie, Baugewerbe,...) investieren konnten. Die Wirtschaft boomte, die *soziale Marktwirtschaft* schien zu funktionieren, zumindest für viele Menschen in den Industrienationen.

Dadurch dass das Kapital enorme Profite erwirtschaften konnte und die Grenzen der Kapital-Verwertung zunächst nicht in Sicht waren, machte die Kapitalistenklasse den ArbeiterInnen relativ viele Zugeständnisse.

Der durchschnittliche deutsche Arbeiter konnte sich von seinem Lohn leisten, wovon seine KollegInnen in anderen Teilen der Welt nicht einmal träumen konnten, der Sozialstaat konnte finanziert und allgemein der Anschein eines *Kapitalismus mit menschlichem Antlitz* erweckt werden.

Unter Führung der Gewerkschafts-

Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer. Einige Zahlen, die die momentane Umverteilung verdeutlichen:

In den letzten 20 Jahren stieg der Anteil der Lohn- bzw. Einkommenssteuern von 30% auf 37% des Gesamtsteueraufkommens, hinzu kommen für uns die ständig steigenden Massensteuern wie die Mehrwertsteuer, Mineralölsteuern, Tabaksteuer etc.

Von den Steuern gehen 15% für Schuldzinsen des Staates drauf, das heißt, jeder siebte Euro des Steueraufkommens fließt in die Taschen von Banken und Versicherungen. Das sind zur Zeit über 50 Milliarden Euro. Gleichzeitig werden Kindertagesstätten, Bäder und Bibliotheken geschlossen, die Schulen verrotten und werden wegen knapper Kassen nicht saniert, der Jugendbereich wird gnadenlos zusammengestrichen, Beratungsstellen und Bürgerhäuser eingestampft, Sport- und Kultureinrichtungen- und Veranstaltungen gestrichen.

Immer mehr Frauen sehen sich gezwungen ihren Körper zu verkaufen, um Geld für die Lebenshaltungskosten wie die Miete und die Stromrechnung begleichen zu können. Die sog. Armutprostitution nahm in der BRD in den letzten zwei Jahren um ca. 60% zu. (Angaben nach Magazin Monitor)

Nach einer Studie der AWO (Arbeiterwohlfahrt) wächst heutzutage jedes siebte Kind in der BRD in Armut auf.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist im letzten Jahr um 17% auf 1,6 Millionen gestiegen.

Die Kürzungen und Schikanen gegen Arbeitslose nehmen dabei immer weiter zu, so stiegen die vom Arbeitsamt verhängten Sperrzeiten 2003 um 180%.

Für die Reichen ist die Situation da schon ganz anders:

Der Anteil der Steuern auf Gewinne und Vermögen sank von 25% auf 16%.

Laut dem Manager Magazin verfügen **allein die 250 reichsten Deutschen** über ein Vermögen von insgesamt **295-309 Milliarden Euro**.

spitzen dankte die Mehrheit der deutschen ArbeiterInnenschaft dies ihren Lohngebern durch das weitgehende akzeptieren der (*humanen*) kapitalistischen Ausbeutung. Nicht zuletzt auf Kosten der KollegInnen in anderen Teilen der Welt, die durch das Metropolen-Kapital und die von diesem finanzierten Regimes ausgebeutet und unterdrückt wurden.

Alles hat ein Ende

Das *goldene Zeitalter* des Kapitalismus dauerte allerdings nicht allzu lange. Seit den 70er Jahren sind die ersten Krisenerscheinungen bemerkbar. Die produktiven Bereiche sind weitgehend ausgeschöpft und versprechen kaum noch Profitsteigerungen; wenn eben fast Jeder ein Auto hat, kann die Automobilindustrie nur schwer anwachsen; wenn alles schon zugebaut ist, macht das Baugewerbe nun mal nicht mehr in zunehmendem Masse Umsatz usw. Um der nationalen Wirtschaft weiterhin Profite durch gewinnbringende Investitionsmöglichkeiten zu garantieren, wurden u.a. einst staatliche Sektoren, z.B. Telekommunikation und Verkehr, weitgehend privatisiert. Durch diese Privatisierungen und durch Investitionen in ein paar wenige neuere Sektoren (Mikroelektronik, etc.) konnte die Krise des Kapitalismus lange hinausgezögert und abgedämpft werden. Auch die Flucht des Kapitals an die Börsen, um Gewinne zumindest spekulativ zu erreichen, war Ausdruck der Suche nach neuen gewinnbringenden Bereichen.

Die Aufkündigung des *Klassenkompromisses*, also die Angriffe auf die Rechte der ArbeiterInnen mit Entlassungen, Lohnkürzungen, etc. geschah als Folge der schrumpfenden Profitaussichten in den einst gewinnbringenden Sektoren. Zunächst jedoch in eher langsamen Tempo und längst nicht für alle Schichten der Lohnabhängigen in gleichem Ausmaß.

Seit dem vorherzusehenden Zusammenbruch der Finanzblase

der Börsen und mit der Ausrichtung der letzten Sektoren nach Kapitalinteressen (Gesundheits-, Bildungswesen,...) geht diese Entwicklung allerdings sprunghaft und erbarmungslos voran.

Ihre Antwort auf die Krise...

Der Kapitalismus befindet sich immer offensichtlicher in der Krise. Diese Krise rührt daher, dass zuviel Kapital existiert, welches immer weniger Möglichkeiten findet sich zu verwerten, d.h. Möglichkeiten, gewinnbringend investiert zu werden. Die Kapitalisten und Manager versuchen dennoch ihre Profite weiter zu steigern, denn dies ist die unumgängliche Notwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, die durch Konkurrenz und zwanghafter Suche nach wachsenden Profiten geprägt ist.

Sie versuchen so u.a. ihre Ausgaben soweit es geht zu minimieren. D.h. ArbeiterInnen zu entlassen und andere dafür mehr arbeiten zu lassen, die Löhne zu kürzen (auch indirekt über Preissteigerungen) und weniger bzw. am liebsten überhaupt keine Steuern zu zahlen.

Letzteres führt wiederum natürlich zu weniger Einnahmen des, u.a. durch die Privatisierungen der letzten Jahrzehnte, ohnehin zunehmend finanzschwachen Staates. Dieser spart dann natürlich zuerst bei Sozialausgaben und in vielen anderen Bereichen, die die lohnabhängige Bevölkerung treffen. Der Klassencharakter des bürgerlichen Staates wird dabei umso deutlicher: Sparmassnahmen betreffen vor allem die unteren Schichten der Bevölkerung, die obendrein immer mehr Steuern zu zahlen haben, während die Reichen immer weniger Steuern zahlen und Politiker ihre Diäten erhöhen. Dass heute ohnehin kaum noch zwischen den Mächtigen aus Politik und Wirtschaft unterschieden werden kann, da die Vorstände der Unternehmen wichtige Rollen in Staat und Parteien innehaben und umgekehrt viele Politiker direkt mit Unternehmen verstrickt sind, die Parteien von der Kapitalistenklasse durch Spenden

und Bestechungsgelder finanziert werden etc. sollte klar sein.

Ihre Antwort auf die Krise der kapitalistischen Produktionsweise ist einfach: Die Auswirkungen werden auf die Klasse der Lohnabhängigen abgewälzt; zuerst auf die untersten Schichten, aber immer mehr auch auf die einst bessergestellten ArbeiterInnen. Begleitet von einer massiven ideologischen Mobilisierung gegen Teile der Lohnabhängigen, Gewerkschaften, soziale Proteste und den linken Widerstand.

Diese Tendenz wird weder von selbst stoppen, noch wird es ein zurück zum *sozialen* Kapitalismus geben.

Wer hat uns verraten?

Der SPD kommt momentan eine besondere Rolle zu: Während die CDU/CSU die Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse offen und brutal führen will, gehen sie etwas vorsichtiger vor und versuchen uns die Einschnitte als bedauerliche Notwendigkeiten, mit sozialem Hintergrund etc. zu verkaufen. Die Gesetzesverschärfungen, die Angriffe auf unsere Lebenssituation durch ihre *Reformen* und die Aufrüstung der Bundeswehr wären unter jeder anderen Regierung auf massive Proteste gestoßen. Die SPD/Grünen Regierung hat all dies ohne große Proteste der Bevölkerung durchgesetzt und damit auch der CDU/CSU den Weg bereitet, die sobald sie wieder an der Macht ist, auf diesem Weg noch rücksichtsloser weitermachen wird. Der Spagat, den die SPD bei ihrer Politik vollziehen muss, einerseits die Interessen der nationalen Wirtschaft zu vertreten, andererseits ihre Mitglieder und WählerInnen nicht zu verkraulen, droht sie mittlerweile zu zerreißen. Die zigtausenden Austritte in den letzten Monaten sprechen eine deutliche Sprache. Wessen Interesse sie tatsächlich vertreten, daran besteht eben kein Zweifel.

Die mit ihr verbundenen Gewerkschaftsbosse spielen dieses Spiel jedoch noch mit und führen hinter kämpferischen Parolen ihre Politik des Stillhaltens und der Kompromisse fort.

Wie lange die Basis von SPD und Gewerkschaften diese Politik noch dulden wird, wird sich zeigen.

Zusammengefasst verschlechtert sich unsere Lebenssituation auf verschiedenen Ebenen: Die Einen werden entlassen und können immer weniger auch nur auf die geringsten sozialen Rechte und Absicherungen hoffen. Für die, die noch Arbeit haben, verschärfen sich die Arbeitsbedingungen und nimmt der Stress und Verschleiß ihrer Energie beim Job zu. Der wenige Lohn wird uns durch allgemeine Verteuerungen und Kosten, die auf uns abgewälzt werden, immer dreister aus der Tasche gezogen. Die endgültige Ausrichtung der letzten verbliebenen Sektoren nach Kapitalinteressen, vor allem des Gesundheits- und des Bildungswesens, macht uns sogar noch das Recht auf eine ausreichende und bezahlbare Gesundheitsvorsorge und das Recht auf Bildung für alle streitig.

Und dies ist erst der Anfang: Die Auswirkungen der aktuellen Reformen werden in ihren Anfängen gerade erst spürbar, schon werden offen weitere „Notwendigkeiten“ diskutiert. Beispielsweise die Heraufsetzung des Rentenalters, keine Übernahme der Behandlungskosten mehr für Menschen über 70 Jahren, weitere Angriffe auf den Kündigungsschutz usw.

Wenn die Kapitalisten und Politiker also sagen all dies sei notwendig, so haben sie damit nur auf eine Art Recht: Die „Reformen“ sind notwendig um die Krisenerscheinungen des Kapitalismus auf uns abzuwälzen, während sie weiterhin ihre Profite einfahren.

Dass Du dich wehren musst, wenn Du nicht untergehen willst, das wirst Du doch einsehen (Brecht)

Es wird Zeit, dass wir zeigen, dass wir uns von Staat und Kapital nicht länger verarschen lassen. Auch wenn sie uns noch so penetrant Arbeitslose, MigrantInnen oder andere Menschen als Sündenböcke vorsetzen wollen. Nur wenn wir gemeinsam unsere Interessen durchsetzen und die Angriffe von Staat und Kapital auf unsere Lebenssituation bekämpfen, können wir etwas erreichen.

Dabei können Demonstrationen nur ein Anfang sein, wir müssen uns längerfristig organisieren und durch Streiks und andere Aktionen aktiv werden. Es gilt, die sozialen Proteste gegen die kapitalistische Globalisierung, die Proteste der StudentInnen, der Frauen und die Betriebskämpfe zusammenzubringen. Dabei dürfen wir nicht bei reformistischen Forderungen stehen bleiben und uns nicht der Illusion hingeben, ein humaner Kapitalismus sei möglich. Nur in der endgültigen Abschaffung der Ausrichtung sämtlicher Lebensbereiche nach Profit und im Aufbau einer anderen Gesellschaftsordnung liegt die Lösung.



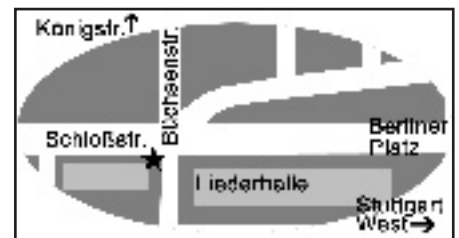
**Kampf auf der Strasse, Kampf in der Fabrik – dass ist unsere Antwort auf ihre Politik!
Für den Kommunismus!**

Treffpunkt für den revolutionären Block auf der Demo gegen Sozialabbau:

Sa 3. April 10.30 Uhr

**Schloßstr. /
Ecke Büchsenstr.
Stuttgart**

**(am Landesvermessungsamt,
nähe U Haltestelle Berliner
Platz Liederhalle)**



Nach der Demo gemütlich Essen bei der Volxküche im BAZ 110 Ludwigstr. 110a, Stuttgart-West (nähe S Haltestelle Schwabstr.)

Krise und Krieg

Die Minimierung der Ausgaben von Staat und Kapital für Löhne und Sozialabgaben sind nur eine der Auswirkungen der kapitalistischen Krise. Auf der Suche nach Profiten macht das Kapital natürlich auch vor Ländergrenzen nicht halt. So ist nicht nur die *Globalisierung*, die vor allem den Export von Kapital und damit einhergehend die Ausbeutung in anderen Ländern durch die Unternehmen der Metropolen meint, die Folge. Die Sicherung billigerer Rohstoffe und neuer Investitionsmöglichkeiten, findet bei Bedarf auch durch Kriege statt. So werden unliebsame Regimes, mit welchen es über Jahrzehnte hinweg eine rege Zusammenarbeit auf Kosten der Bevölkerung gab, einfach schnell zu Schurken oder Unrechtsstaaten ernannt, wenn sie nicht mehr kooperieren. Durch Kriege, die dann als Menschenrechtskriege oder als Krieg gegen den Terror verkauft werden, werden sie mitsamt Teilen der Bevölkerung weggebombt. Kriege sind im Kapitalismus immer wieder Mittel der einen herrschenden Klasse, ihre Interessen gegen die herrschende Klasse eines andern Staates oder die dortige Bevölkerung durchzusetzen. Dabei spielt es keine Rolle, ob nun die USA den Krieg führt und ihn als Krieg gegen den Terror verkauft oder die Rot/Grüne Regierung, die Kriege angeblich aus Menschenrechtsgründen führen will. Kriege dienen schlicht dem Zweck, dem nationalen Kapital neue Rohstoffe, Absatzmärkte und Rüstungsaufträge zu garantieren. Für diesen Zweck starben in wenigen Jahrzehnten in Kriegen millionen Menschen, millionen wurden verletzt, verloren ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlage. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien der BRD, bereits 1992 formuliert, nehmen noch nicht mal ein Blatt vor den Mund und bringen die Aufgaben des Militärs, im Dienste des deutschen Kapitals, auf den Punkt: „Die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und der ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt.“

Was uns für die Zukunft erwarten kann verdeutlichen folgende Zahlen: Die deutsche Regierung plant in Kooperation mit den anderen europäischen Mächten, durchgeführt von europäischen Rüstungskonzernen bis zum Jahr 2015 insgesamt 213 neue Rüstungsprojekte. Die Gesamtkosten werden über 110 Milliarden Euro betragen. Allein der deutsche Rüstungshaushalt soll auf die Rekordhöhe von 25 Milliarden Euro steigen!

Der Erfolg einer Bewegung gegen Krieg und Militarisation wird sich danach richten, wie viel oder wenig sie sich von der eigenen Regierung verscheißern lässt und ob sie die Ursachen von Kriegen erkennt und das Übel bei der Wurzel angeht.

no war – but classwar!

Warum ein revolutionärer Block?

Die aktuellen sozialen Proteste werden von unterschiedlichen Gruppen und Organisationen getragen, darunter auch staatstragende und reformistische Kräfte. Diese wollen uns nach wie vor weiß machen, der Kapitalismus sei reformierbar und es bedürfe lediglich ein paar kleiner Veränderungen, damit es *wieder* allen gut gehe. Diese Ideologie ist nicht neu, vor ca. 90 Jahren waren die Führer der dt. Sozialdemokratie die ersten, die an einer Reformierbarkeit des Kapitalismus festhielten, im Gegensatz zu jenen, die eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft anstrebten.

Sie haben damals den 1. Weltkrieg gebilligt, waren an der Niederschlagung von ArbeiterInnenaufständen beteiligt und haben die Einheitsfront gegen die Faschisten sabotiert. Ihre geistigen Söhne waren später für Notstandsgesetze verantwortlich und haben Berufsverbote gegen KommunistInnen verhängt. Ihre heutigen Nachfolger führen Kriege, verschärfen Gesetze und sind die Verantwortlichen für die momentanen „Reformen“. Sie alle sind mit dem Anspruch angetreten, den Kapitalismus human zu gestalten, sie alle sind an diesem Vorhaben gescheitert und wurden, sobald sie an der Macht waren, zu Verantwortlichen für die kapitalistische Barbarei.

Ob die Reformierbarkeit des Kapitalismus und seine Endgültigkeit nun von den Führern von SPD und Gewerkschaften oder außerparlamentarischen Gruppen propagiert wird, sie ist und bleibt eine Utopie. Auch die, aus diesem Irrglauben resultierende Hoffnung vieler Nichtregierungs-Organisationen, den Staat als Ansprechpartner nutzen zu können ist unrealistisch. Es ist offensichtlich und hat sich in der Vergangenheit unzählige Male gezeigt, dass der bürgerliche Staat kein neutrales Instrument ist, welches beliebig gegen die Kapitalinteressen und für soziale Rechte eingesetzt werden könnte. Er war, ist und bleibt Teil des kapitalistischen Systems. Die Mächtigen des Staates vertreten dieselben Interessen wie die Mächtigen der Wirtschaft. Appelle an den Staat, der momentan die heftigsten Gesetze zugunsten der Kapitalistenklasse und gegen unsere Interessen durchsetzt, sind verschwendete Zeit.

Veränderungen werden nicht durch Verhandlungen, Bitten oder Unterschriften durchgesetzt, sondern müssen erkämpft werden. Dies werden wir mit einem revolutionären Block auf der Demo zum Ausdruck bringen. Wir wollen nicht in der Masse von Forderungen nach Reformen und kleinen Veränderungen untergehen, sondern unsere Position, dass der Kapitalismus auf den Müllhaufen der Geschichte gehört, klar auf die Strasse tragen.

Dabei geht es weniger um eine Abgrenzung von den Menschen, die sich nicht explizit als revolutionär verstehen, als vielmehr darum, unsere Positionen sichtbar zu machen.

Wir wollen kein Stück vom Kuchen

- wir wollen die ganze Bäckerei!

HINEIN IN DEN REVOLUTIONÄREN BLOCK AUF DER DEMO!



Revolutionäre Aktion Stuttgart
aaas@gmx.de



www.revolutionaere-aktion.de.am



Heraus zum revolutionären 1. Mai

Nicht nur am 3. April werden wir unseren Protest gegen die momentanen Angriffe des Kapitals auf die Straße tragen. Am 1. Mai, dem traditionellen, internationalen Kampftag der ArbeiterInnenklasse, finden in unzähligen Städten weltweit revolutionäre Demonstrationen statt.

Es gibt mehr als genug Gründe, auch in Stuttgart (wieder) eine revolutionäre 1.Mai - Demonstration zu organisieren.

Der 1. Mai steht für die Befreiung des Proletariats und damit der gesamten Menschheit. Gegen kapitalistische Ausbeutung, staatliche Unterdrückung und imperialistische Kriege.

Für eine klassenlose Gesellschaft und eine friedliche und solidarische Welt.

Auch die Vereinnahmungsversuche von Regierungen und reaktionären Kräften haben daran nichts geändert.

Ebensowenig die Versuche von Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbossen, den ArbeiterInnenkampf auf Würstchenstände und Volksmusik zu reduzieren.

Im Vorfeld des 1.Mai wird es ab Ende März zudem eine Veranstaltungsreihe rund um verschiedene Thematiken des 1.Mai geben.

Achtet auf weitere Ankündigungen! Weitere Infos bald auch auf unserer Homepage.

Solidarität und Klassenkampf gegen die Angriffe des Kapitals!